

## Presseinformation

Kiel, den 05. Oktober 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

### **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

### **TOP 26, 30      Studierendenansturm als Chance begreifen und Mangel an studentischem Wohnraum endlich gegensteuern**

Drs. 17/1881, 1886

Max Frisch schrieb 1965 in seinem Buch „Siamo Italiani - Die Italiener“ den Satz: „... man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Vor dem gleichen Phänomen stehen wir jetzt wieder. Die Politik und die Wirtschaft haben nach Studenten gerufen, und es kommen Menschen. Mit anderen Worten: Es reicht nicht aus, einfach nur mehr Studienplätze an den Hochschulen zu finanzieren, wir brauchen auch soziale Rahmenbedingungen für diese Studienanfänger. Wir brauchen Wohnraum, wir brauchen Versorgung, wir brauchen Betreuung.

Der Hochschulpakt I war statistisch gesehen ein Erfolg. Nicht nur in Schleswig-Holstein wurden 4% mehr Studierende aufgenommen, als ursprünglich kalkuliert. Deutschlandweit haben statt 91.000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern 182.000 junge Menschen ein Studium aufgenommen. Mit dem Hochschulpakt II soll dieser Erfolg weitergeführt werden. Endlich kommen die vielen Studierenden, nach denen sich Wirtschaft und Politik seit vielen Jahren sehnen. Denn gerade in Deutschland studieren im europäischen Vergleich immer noch zu

wenig junge Menschen, obwohl die Zahl der Hochschulabsolventen von 2000-2008 um mehr als ein Drittel gestiegen ist. Ganz richtig schreiben die Grünen daher in ihrem Antrag, dass der Studierendensturm eine Chance ist und für die Hochschulen ein Standortfaktor.

Der Anstieg der Studierenden ist aber mit zwei Problemen verbunden. Zum einen haben durch die Aussetzung der Wehrpflicht mehr junge Menschen die Möglichkeit ein Studium aufzunehmen, als ursprünglich geplant. Diese zusätzlichen Studienanfänger sollen laut Landesregierung im Rahmen des Hochschulpakts finanziert werden. Die Landesregierung rechnet bis 2015 mit 1.263 zusätzlichen Studienanfängern - ob diese Zahlen stimmen und wie die Studienplätze finanziert werden sollen, bleibt aber im Dunkeln. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Vorschlag der Landesregierung erinnern, schleswig-holsteinische Studienplätze an andere Bundesländer zu verschachern, um so die Eigenfinanzierung der Plätze durch das Land zu vermeiden. Schon jetzt ist also klar, dass wir mehr Studienanfänger bekommen werden, als das Land überhaupt gewillt ist zu finanzieren.

Zum anderen haben wir das Problem, dass die jungen Menschen nicht nur einen Platz im Hörsaal brauchen. Sie brauchen auch soziale Rahmenbedingungen, um ein Leben führen zu können. An allererster Stelle steht da natürlich der Wohnraum. Die Versorgung mit Wohnraum, den Studierende überhaupt finanzieren können, ist in Schleswig-Holstein schon jetzt schlecht. Weder kann das Studentenwerk den gut 45.000 Studierenden mit 3.404 Studentenwohnplätzen ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen. Noch kann laut Mieterbund der freie Wohnungsmarkt ausreichend kleine günstige Wohnungen zur Verfügung stellen. Da hilft es wenig, wenn Staatssekretärin Frau Andreßen in der Sitzung des Bildungsausschusses am 18. August für einen phantasievollen Umgang mit dieser Situation plädiert. Campingplätze oder Turnhallen sind für 1-2 Wochen vielleicht noch ganz witzig. Auf die Dauer ist das aber weder eine phantasievolle noch eine witzige Lösung, sondern ein Problem.

Das Studentenwerk hat in den letzten Jahren mehr als deutlich gemacht, dass Förderprogramme notwendig sind, um für mehr studentischen Wohnraum zu sorgen. 2010 war dafür bereits eine Lösung zwischen Studentenwerk und Ministerium in Sicht, dann kam der Sparhaushalt. Dem Studentenwerk hat die Landesregierung nicht nur eine von ursprünglich drei Millionen Euro Zuschuss gekürzt. Die Landesregierung findet es auch völlig in Ordnung, wenn die Studierenden durch erhöhte Semesterbeiträge und höhere Mensapreise die Kürzungen des Landes auffangen. Die Debatte um Studiengebühren durch die Hintertür ist hier nicht weit weg.

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl Studierender in den nächsten Jahren stetig wächst. Nicht nur aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht, sondern weil junge Menschen generell häufiger ein Studium anstreben. Diese jungen Menschen sind unsere Zukunft, sie brauchen Bildung und Wohnraum. Aus Sicht des SSW ist dringender Handlungsbedarf geboten, um das absehbare Chaos für die Studierenden in Grenzen zu halten.